

Niedersachsen - sozial und gemeinsam

POSITIONSPAPIER

Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Pandemie hat unsere Gesellschaft innerhalb von wenigen Monaten verändert. Wir erkennen: Soziale Unterschiede sind durch Covid-19 nicht erst entstanden, sondern treten jetzt nur noch schärfer und deutlicher hervor als vorher. Die Gefahr ist groß, dass die Gesellschaft künftig stärker in arm und reich gespalten wird. Das würde den sozialen Frieden, aber auch unsere Demokratie in eine Zerreißprobe führen. Deshalb müssen wir jetzt gemeinsam große Anstrengungen unternehmen, dass die Menschen in Armut oder mit einem hohen Armutsrisiko nicht abgehängt werden.

Für ein starkes Niedersachsen und eine Gesellschaft, die zusammenhält brauchen wir Solidarität und ein Sozialprogramm. Die hier vorgelegten Gedanken wollen dazu anregen, sich auf diesen Weg zu begeben, zum Wohle der Menschen, die in Niedersachsen leben.

Mit herzlichen Grüßen,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hans-Joachim Lenke'. The signature is stylized and fluid.

Hans-Joachim Lenke

Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen

Niedersachsen - sozial und gemeinsam

Die Corona-Pandemie ist eine Herausforderung für alle Gesellschaften weltweit. Die Auswirkungen betreffen jeden und ziehen sich durch alle Lebensbereiche, wie Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Banken- und Finanzsektor und auch durch die Sozialwirtschaft.

Corona ist eine globale und alle Lebensbereiche betreffende Krise

Schon vor Corona gab es gesellschaftliche Probleme und soziale Ungleichheiten. Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung lebten Stand 2017 in Deutschland 15,7 Prozent der Bevölkerung in Armut oder an der Armutsgrenze.

Armut ist jung, weiblich und hat häufig einen Migrationshintergrund

Doch Armut hat viele Gesichter: Besonders Familien, Alleinerziehende, Menschen in Überschuldungssituationen oder mit Migrationshintergrund sind von Armut am stärksten gefährdet. Oftmals sind sie in prekären und atypischen Arbeitsverhältnissen tätig, die einen niedrigen Stundenlohn und eine ungewisse Beschäftigungszukunft zur Folge haben.

Diese Situation wirkt sich in Familien besonders auf die Kinder aus. In Deutschland ist ein Viertel der von Armut Betroffenen unter 25 Jahren. In Niedersachsen ist ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht oder lebt in Armut, konkret reden wir hier über 270.000 junge Menschen.

Während der Schulschließungen hatten Kinder aus von Armut bedrohten Familien die größten Probleme beim Homeschooling. Es fehlte an technischem Equipment und fachlicher Unterstützung in der Nutzung digitaler Formate. Eltern mit Migrationshintergrund sind oftmals mit dem Bildungssystem nicht vertraut oder haben unzureichende Sprachkenntnisse,

so dass sie den fehlenden Unterricht nicht kompensieren konnten. Dadurch haben sich die Chancen dieser Kinder an gesellschaftlicher Teilhabe und Aufstieg durch Bildung enorm verschlechtert.

Es ist offensichtlich, was das für die zukünftige Gesellschaftsstruktur bedeutet, wenn ein Teil der nachkommenden Generation schlecht ausgebildet ist und gesellschaftlich abgehängt wird.

Corona wirkt wie ein Brennglas

Diese Problemlagen waren schon vor der Corona-Krise bekannt. Die Auswirkungen der Pandemie legen sie nun schonungslos offen - dies wirkt wie ein Brennglas, das Problemlagen zusätzlich verschärft. Doch nun geht es nicht mehr „nur“ um von Armut bedrohte Familien oder Menschen mit besonderem Hilfebedarf. Auch die Mittelschicht trifft die Corona-Pandemie hart.

Die Mittelschicht hat zu kämpfen

Durch die Veränderungen kommen auch in der Mittelschicht verschiedene Problemlagen an die Oberfläche, die vor der Krise kaum eine Rolle gespielt haben. Auch in der Mittelschicht verstärken sich nun die Sorgen um den Job, die finanziellen Auswirkungen auf das Familienleben und die gesellschaftliche Stellung.

Die Ergebnisse der COSMO-Studie zeigen, wie belastend die derzeitige Situation für Familien oder Alleinerziehende mit Kindern unter 14 Jahren ist. Fast 60 Prozent gaben an, dass sie mit der Doppelbelastung – Beschulung und gleichzeitiger Verantwortung für die wirtschaftliche Absicherung der Familie - überfordert waren. Wie belastend diese Situation für Familien ist und welche Auswirkungen sie schon jetzt haben, zeigt sich an den steigenden Zahlen der Scheidungsaufträge für Anwälte, die sich verfünffacht haben.

Scheidungen haben soziale und finanzielle Auswirkungen auf Familien. Sie sind der Hauptauslöser für Überschuldung und erhöhen signifikant das Risiko in Armut zu geraten.

Beratungsbedarfe werden steigen – auch in der Mittelschicht

Die Maßnahme des Social Distancing hat bei vielen Menschen Spuren hinterlassen. 10 Prozent der Deutschen schlafen seit der Corona-Pandemie schlechter, so ein Ergebnis einer Forsa-Umfrage. Das Risiko häuslicher Gewalt hat sich gerade für Frauen erhöht. Und auch im Hilfefeld Sucht wird erwartet, dass hier vermehrt neue Problemlagen auftreten werden oder es Rückfälle geben wird – und das eben nicht nur bei denjenigen, die schon jetzt in Beratung sind, sondern aufgrund der gesellschaftlichen Globalität der Krise auch bei Menschen, die vorher nicht im Beratungsfokus waren.

Die fachlich fundierten Beratungsleistungen der Wohlfahrtsverbände werden vermehrt nachgefragt.

Corona-Krise darf keine Armutskrise werden

Für uns als Wohlfahrtsverband steht fest, dass die Corona-Krise das Potential für eine die ganze Gesellschaft durchdringende Armutskrise hat. Es müssen Maßnahmen entwickelt werden, die die Grundstruktur mit dem etablierten Sozial- und Hilfesystemen erhalten und ausbauen.

Wir sind der Überzeugung, dass es eine ernstgemeinte und zielführende Diskussion über ein solidarisches Miteinander geben muss. Denn die Corona-Krise darf keine Armutskrise werden.

Wir brauchen Solidarität

Die Verschärfung sozialer Probleme verursacht Hilflosigkeit, Ohnmacht und Angst. Die breite Bevölkerung steht vor der Herausforderung, Probleme zu überwinden und einen Weg aus der Krise hin zu neuen Perspektiven zu finden.

Es wird überall finanzielle Einschnitte geben – das ist auch uns als Diakonie klar. Aber: es muss auch dafür gesorgt werden, dass die Einschnitte das soziale Miteinander und das Vertrauen in Politik und deren Lösungsfähigkeit nicht gefährden. Der soziale Ausgleich muss gewährleistet bleiben. Dieser ist die Grundlage unserer Demokratie, im Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes verankert und damit systemrelevant.

Die Lasten der Krise müssen gerecht verteilt und nicht als individuelles Risiko abgetan werden. Bestehende Unterstützungsstrukturen müssen stabilisiert werden, die eine tragende Rolle für die Lösung sozialer Probleme und den sozialen Frieden einnehmen.

Wird jetzt nicht ein positives Zukunftszeichen gesetzt, droht die Gesellschaft auseinander zu driften. Welche Folgen das für eine demokratische Gesellschaft hat, sehen wir an den Unruhen in den USA oder an den populistischen und nationalistischen Bewegungen in unseren europäischen Nachbarländern. Erste Anzeichen für diesen besorgniserregenden Trend gibt es auch in Deutschland. Dem muss adäquat begegnet werden. Deshalb brauchen wir ein Sozialprogramm für die Menschen in Niedersachsen.

Niedersachsen sozial gestalten

Die Bundesregierung hat in relativ kurzer Zeit ein umfassendes Konjunkturpaket für die Wirtschaft geschnürt. Das war beeindruckend und wichtig. Nun ist es auch an der Zeit, ein Sozialprogramm auf den Weg zu bringen. Im Folgenden finden Sie unsere Anregungen an die Landesregierung, um das Sozialsystem zu stabilisieren und zukunftsfähig zu gestalten.

Digitalisierung als Chance auf Teilhabe und Unterstützung

Eines haben wir während der Corona-Pandemie gemerkt: ist der physische Kontakt nicht mehr möglich, nimmt die Bedeutung des digitalen Austausch immer mehr zu. Viele berufliche und private Kontakte fanden über Soziale Medien, Messengerdienste und Onlinekommunikation statt.

Auch die Arbeitswelt veränderte sich in dieser Zeit rasant: Online-Konferenzen waren auf einmal integraler Bestandteil der Zusammenarbeit im beruflichen Kontext. Auch in der Sozialwirtschaft wurde vermehrt auf digitale Arbeitsweisen zurückgegriffen. Dadurch wurde allerdings auch sichtbar, dass viele Player in der Sozialwirtschaft für das digitale Zeitalter noch unzureichend ausgestattet sind. Hier besteht dringender Nachholbedarf, um adäquat Hilfesuchende zu unterstützen.

Gerade im Beratungsbereich muss es eine Weiterentwicklung hin zu stabilen digitalen Strukturen geben, die verschiedene interne und externe Angebote wie Chats, Online-Beratungen und -schulungen oder Videokonferenzen ermöglichen. Die digitalen Angebote sichern so zuverlässig eine konstante Versorgung und Beratung von z.B. Suchtkranken, Straffälligen oder Menschen, die in Not geraten sind, und tragen damit auch zur Bewältigung der Pandemie bei.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Die Fördermittel des Wirtschaftsministeriums zum Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen für Sozialunternehmen geöffnet werden.*
- 2. Digitale Beratungsleistungen müssen abrechnungsfähig sein.*

3. *Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte müssen mitfinanziert werden.
Eine entsprechende Förderrichtlinie des Landes sollte möglichst so angelegt sein, dass es die unterschiedlichen Bedarfe deckt (vom „Einsteiger bis zu Fortgeschrittenen“).*
4. *Die Mitfinanzierung des Landes zur Beschaffung von entsprechender Hardware sollte über ein entsprechendes Förderprogramm realisiert werden. Auch hier sollte das Förderprogramm auf unterschiedliche Bedarfe zugeschnitten sein.*

Doch nicht nur im beruflichen Kontext hat die Digitalisierung Einzug gehalten. Während der Schulschließung wurde der Unterricht oftmals in digitaler Form fortgeführt.

Kinder, die aus von Armut bedrohten Familien stammen, stellte dies vor große Herausforderungen. Es fehlte häufig das passende digitale Endgerät oder auch der Zugang zum Internet. Damit waren viele der Kinder von Bildung ausgeschlossen und konnten nicht am Unterricht teilhaben. Hier bedarf es struktureller Unterstützung.

Deshalb brauchen wir:

1. *Die Mittel aus dem Digitalpakt müssen auch für Kitas bereitgestellt werden.*
2. *Freier Zugang zum Internet, um so Teilhabe auch für Kinder aus einkommensschwachen Familien zu gewährleisten, ist zentral.*
3. *Die Ausstattung von Kindern aus armen Familien mit digitalen Endgeräten und der benötigten Infrastruktur (WLAN, technischen Support und Lernräumen) muss unterstützt werden.*

Eine Chance auf Teilhabe und Selbstständigkeit müssen auch ältere oder pflegebedürftige Menschen haben. Gerade im ambulant-pflegerischen Bereich gibt es viele Möglichkeiten, Menschen ein Leben in der gewohnten Umgebung weiterhin zu ermöglichen. Mit dem Check per Video Call kann älteren Menschen ein Leben im eigenen Haushalt ermöglicht werden, gleichzeitig kann zusätzlich einfach Hilfe und Unterstützung angefordert werden. Allerdings kann nicht jeder ältere Mensch mit Apps und Smartphones umgehen.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Förderung der digitalen Kompetenz von Älteren.*
- 2. Unterstützung der digitalen Erreichbarkeit von älteren Mitmenschen durch Schulungen.*
- 3. Stärkung des Netzausbaus im ländlichen Raum.*

Familien am Limit - entlasten und unterstützen

Die Corona-Pandemie hat unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Familien in Deutschland. Die Schließung der Schulen, Kitas, die Einschränkungen in der Freizeitgestaltung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellten für Familien eine große Herausforderung dar. Durch Kurzarbeit oder einem möglichen Jobverlust verschärft sich zudem die finanzielle Situation von Familien.

Besonders hart hat es Familien getroffen, die schon vor der Corona-Pandemie finanzielle Probleme hatten und oftmals Sozialleistungen beantragen mussten. Besonders Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind hier betroffen.

Durch den Wegfall verschiedener Leistungen, wie das kostenlosen Mittagessen für Kinder in der Schule oder auch die Schließung der Tafeln, waren arme Familien finanziell deutlich mehr belastet und hatten oftmals nicht genügend Geld für ausreichend Lebensmittel.

Die neuen gesetzlichen Regelungen waren kaum umsetzbar, so dass das Essen in der überwiegenden Zahl nicht bei den Familien ankam. Auch eine Beantragung des KIZ war für Familien, die Sozialhilfe empfangen, nicht möglich, so dass die Corona-Hilfen für Familien nicht bei den von Armut betroffenen Familien ankamen.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Die finanzielle Situation von Personen, die in Kurzarbeit sind oder möglicherweise ihren Job verlieren, muss im Blick bleiben.*
- 2. Für Kinder sollten bei Schließungen von Schulen direkte Geldleistungen zur Verfügung gestellt werden. Die Beantragung für Sachleistungen ist aufwendig und hilft den Kindern in einer akuten Notsituation nicht.*

Die Einführung einer Kindergrundsicherung sichert und verbessert zuverlässig die Teilhabe- und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen.

- 3. Jugendwerkstätten stärken, um Jugendlichen berufliche Orientierungsoptionen anzubieten.*

Die Corona-Pandemie hat eindeutig gezeigt, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien oder Familien mit diversen Problemlagen in vielerlei Hinsicht benachteiligt waren: Sei es bei der täglichen Versorgung mit Essen, Teilhabe an der Gesellschaft oder auch im Bildungsbereich. Für Kinder mit Fluchtbiografie, deren Eltern oftmals fehlende Sprachkompetenz besitzen oder keine ausreichenden Kenntnisse über das deutsche Bildungssystem haben, gilt das in besonderer Weise. Gerade der Zugang zu Bildung ist für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen enorm wichtig.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Unterstützung der Elternkompetenz durch die Stärkung und den Ausbau von Familienzentren.*
- 2. Ausbau von Lernräumen, in denen die Kinder und Jugendlichen Unterstützung erfahren oder Zugang zu digitalen Endgeräten haben, um so am Unterricht teilhaben zu können.*

Schon vor der Corona-Pandemie stellte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viele Familien und hier besonders Mütter vor große Herausforderungen. Denn Mütter haben schon vor der Corona-Zeit im Durchschnitt deutlich mehr Kinderbetreuung und Hausarbeit übernommen. Wir befürchten eine Re-Traditionalisierung der Rollenbilder. Zudem sind Eltern durch die Doppelbelastung von Beruf und intensiver Betreuung der Kinder während des Lockdowns an den Rand ihrer Kräfte gelangt.

Flüchtlingspolitik – menschlich und sicher gestalten

In den meisten Unterkünften für Flüchtlinge können die Abstandsregelungen aufgrund des Platzmangels nicht eingehalten werden. Zu viele Menschen leben in zu kleinen Wohneinheiten. Zudem haben Flüchtlinge oftmals kaum Chancen auf dem freien Markt eine adäquate Wohnung zu finden. Die Folge ist u.a. ein höheres Risiko sich mit dem Coronavirus anzustecken.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Instrumente, die den Schutz der Geflüchteten in den Unterkünften während der Pandemie gewährleisten.*
- 2. Eine dezentrale Unterbringung.*

Beratungsstrukturen stärken – Menschen in Notsituationen nicht allein lassen

Während des Lockdowns mussten viele Beratungsstellen schließen. Menschen, die Beratung oder Unterstützung benötigt hätten, hatten einen erschwerten Zugang zur Beratung. Gerade in der Anfangsphase des Lockdowns kam es zu schwierigen Situationen in der Schwangerschaftskonfliktberatung oder auch in der Suchtberatung.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Die Versorgung von Klient*innen muss unter den gebotenen Schutz- und Hygienemaßnahmen sichergestellt sein. Die Versorgung, z.B. von Abhängigkeitskranken muss in Krisenzeiten sichergestellt sein, Behandlungen dürfen nicht abgebrochen oder stationäre Aufnahmen verhindert werden.*
- 2. Finanzierung sicherstellen. Es bedarf zur Kostenabsicherung gemeinsamer verlässlicher Lösungswege zwischen den Kostenträgern und den Leistungserbringern. Die Schere zwischen tatsächlichen Kosten der Beratungsangebote und der finanziellen Unterstützung durch Leistungsträger darf nicht weiter auseinander gehen.*

Pflege stärken

Klatschen ist schön – reicht aber nicht. Mit dem Pflegebonus hat die Landesregierung in Niedersachsen einem Teil der Pflegekräfte den Respekt gezeigt, den sie verdienen. Die Situation in manchen Pflegeeinrichtungen war für das Personal physisch, aber auch psychisch herausfordernd. Viele Pflegekräfte haben oft eine intensive Beziehung zu ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie mussten in einer psychisch sehr belastenden Zeit noch mehr kommunizieren, Bewohnerinnen und Bewohner sowie deren Angehörigen die Situation erklären, um Verständnis werben und auch mit

Anfeindungen umgehen. Dass zudem keine ausreichende Testung stattfindet, erschwert die Situation der Pflegekräfte.

Zudem waren die baulichen Rahmenbedingungen für eine schnelle Isolation einzelner Infizierter gerade in stationären Pflegeeinrichtungen der Altenhilfe nicht immer gegeben.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Eine Weiterbildungsoffensive für Mitarbeitende aller Qualifikationsniveaus im Bereich Kommunikation mit Angehörigen unter Corona-Umständen und notwendigen Isolationssituationen sowie unterstützende Maßnahmen bei der Aktualisierung von Hygiene- und Pandemieplänen.*
- 2. Ausbau der Testungen im Pflegebereich.*
- 3. Baustandards für die stationäre Langzeitpflege, Kurzzeit- und Tagespflege müssen auf den Prüfstand (Raumkapazitäten).*

Absicherung der Finanzierung für wohlfahrtsstaatliche Leistungen

Die Wohlfahrtsverbände haben in der Corona-Pandemie dafür gesorgt, dass die systemrelevante Infrastruktur trotz der großen Belastung funktionierte. Oftmals wurden trotz finanzieller Unsicherheiten hinsichtlich der Abrechenbarkeit seitens der Kostenträger, Leistungen erbracht, weil es eben nötig war. Der verwaltungs-technische Aufwand war enorm und belastete die Einrichtungen überdurchschnittlich.

Deshalb brauchen wir:

- 1. Vereinfachte Zugangsverfahren zu Zuschüssen, Darlehen oder sonstiger monetärer Mittel.*
- 2. Sicherstellung von langfristigen Finanzierungsoptionen, nicht kurzfristig und mit hohen Auflagen.*
- 3. Sicherstellung der Refinanzierung ohne einseitige Belastung bestimmter Zielgruppen/Einkommensgruppen.*
- 4. Keine Aushöhlung der bisherigen Finanzierungssysteme (Sozialabgaben, Steuern).*

Die Sicherheit in Freiheit zu leben

Die Corona-Pandemie hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt. Viele unserer Bewohnerinnen und Bewohner waren aufgrund ihres Alters oder ihrer Vorerkrankungen besonders gefährdet. Diese vulnerablen Gruppen zu schützen, war eines unserer wichtigsten Ziele. Viele Einrichtungen, z.B. in der Behindertenhilfe oder auch in der Altenhilfe, wurden zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner geschlossen. Einen derartigen "Lockdown" darf es nicht erneut geben; die physischen und psychischen Auswirkungen bringen eine stabile Gesundheitssituation der Menschen aus dem Gleichgewicht.

Der Schutz der vulnerablen Gruppen wurde durch die Beschneidung der Freiheit durchgesetzt. Wir sind der Überzeugung, dass der Schutz vor physischer Bedrohung wichtig ist, gleichwohl gilt es die psychische Gesundheit und das soziale Netzwerk zu ermöglichen. Viele der vulnerablen Personengruppen, ihre Angehörigen und Freunde haben unter dieser Schutzmaßnahme gelitten.

Schutz vs. Freiheit: Wir müssen auch in Zukunft wahrscheinlich zwischen diesen beiden Gütern abwägen. Hierzu braucht es einen gesellschaftlichen Diskurs – an dem auch die vulnerablen Personenkreise und deren Angehörigen zu beteiligen sind.

Lassen Sie uns diskutieren

Die Corona-Pandemie können wir nur gemeinsam als starke Gesellschaft meistern. Deshalb wollen wir mit diesem Papier einen Diskurs über ein soziales Niedersachsen anstoßen und mit unterschiedlichen Akteuren aus Gesellschaft, Kirche und Politik ins Gespräch kommen. Wir freuen uns auf die spannenden Diskussionen.

Diakonisches Werk
evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
Ebhardtstraße 3 A
30159 Hannover

Vorstand
Hans-Joachim Lenke
Telefon: 0511 36 04 - 271
Telefax: 0511 36 04 - 100

Hannover, Oktober 2020